



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
11.02.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Studie: Umwandlung von Atommüll ist möglich	4
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	5
10.02.2025 nordkurier.de: Wirtschaft in MV will kein Russengas	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Christoph Dernbach [tmt6hd4kise2a9lwxzv47m]**Seite:** 5**Ressort:** RND-Politik**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ von PMG gewichtet 01/2025² von PMG gewichtet 7/2024**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 17.808 (gedruckt) ¹ 21.122 (verkauft) ¹
21.845 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,063 (in Mio.) ²

Studie: Umwandlung von Atommüll ist möglich

Eine entsprechende Anlage könnte in einem Zwischenlager entstehen und wäre nach Meinung der Experten hochrentabel

Die radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken können nach einer Studie von Experten der TU München und des TÜVs in deutlich weniger schädliche Elemente umgewandelt werden. Die Umzustudie für den Bau einer sogenannten Transmutationsanlage wurde von der Bundesagentur für Sprunginnovationen in Auftrag gegeben. Dabei wurde ein Szenario durchgespielt, bei dem die Umwandlungsanlage in einem der stillgelegten Atomkraftwerke entsteht, die in Deutschland mittlerweile als Zwischenlager für Atommüll dienen.

Bei der Transmutation handelt es sich um eine spezielle Behandlung radioaktiver Abfälle. Sie soll vor allem dafür sorgen, dass die Strahlungsintensität des Mülls verringert und die Strahlungsdauer extrem verkürzt wird. Um diese Ziele zu erreichen, werden bei dieser Methode die Atomkerne alter Brennstäbe mit Neutronen beschossen. Dabei sollen die Kerne zerfallen und weniger

gefährliche Elemente entstehen.

Neben der eigentlichen Umwandlung der radioaktiven Abfälle ermöglicht das Projekt der Studie zufolge auch die Rückgewinnung verschiedener wertvoller Materialien aus abgebrannten Brennelementen. Dazu gehören unter anderem Uran sowie die wertvollen Edelmetalle Rhodium und Ruthenium, die in verschiedenen Industriezweigen benötigt werden.

Daneben fallen bei dem Umwandlungsprozess die Edelgase Xenon und Krypton an. Außerdem können die Elemente Cäsium und Strontium gewonnen werden, die unter anderem als sogenannte Radioisotope in der Medizin oder Forschung verwendet werden. Durch den Prozess entsteht zudem viel Hitze, die in Fernwärme-Netze eingespeist werden könnte.

Die Studie geht in dem Szenario davon aus, dass eine Anlage des Schweizer Start-ups Transmutex aus Genf zum Einsatz kommen würde. Als möglicher

Standort komme eines der 16 Zwischenlager für Atommüll infrage, auch weil dadurch kein Atommüll quer durch Deutschland bewegt werden müsse. In der Bundesrepublik gibt es zwei zentrale Zwischenlager in Gorleben und Ahaus sowie 14 dezentrale Zwischenlager, darunter zwölf Standorte, die sich an oder in der Nähe von ehemaligen Atomkraftwerken befinden, sowie spezielle Lager wie Jülich und Lubmin, die eine Sonderstellung einnehmen.

Die Bundesagentur für Sprunginnovationen in Leipzig erklärte, schon die erste Demonstrationsanlage wäre laut Studie hochrentabel. Die Anlage würde die Investitionskosten von rund 1,5 Milliarden Euro und jährlichen Betriebskosten von gut 115 Millionen Euro mehrfach wieder einspielen. Den Kosten stünden nämlich Einnahmen aus den gewonnenen Elementen, der Entsorgung atomarer Abfälle und aus der Prozesswärme gegenüber.

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Autor/-in: Torsten Roth
[https://www.nordkurier.de/autoren/torsten-roth-2404535]/ Torsten Roth

Visits (VpD): 0,512 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Unique Users (UUpD): 0,355 (in Mio.)²

Weblink: https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/wirtschaft-in-mv-will-kein-russengas-3314304

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Energiesicherheit

Wirtschaft in MV will kein Russengas

Klare Absage in Kriegszeiten: Die Unternehmen in MV wollen trotz hoher Energiepreise auf billiges Russengas vorerst verzichten.

Skepsis im Chefbüro: Der vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Schwerin (IHK), Matthias Belke, angesichts ungleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa [ins Spiel gebrachte mögliche Einkauf von russischem Erdgas zur Stabilisierung der Energiepreise](#) stößt in der Politik und bei Unternehmerkollegen in MV auf Ablehnung. Russisches Gas sei „blutiges, kriegsfinanzierendes Gas“, lehnte Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz ab: Angesichts der derzeitigen politischen Situation könne man keine Forderung aufmachen, russisches Erdgas zu kaufen, sagte der Chef der Vereinigung der Unternehmensverbände MV (VU). Allerdings müsse man das Gas auch „nicht für alle Zeiten verteufeln“. Schwarz: „Vorher muss die Situation aber sauber geklärt sein und der Krieg und das Sterben ein Ende haben.“

Suche nach neuen Energiequellen

Schwerins IHK-Präsident Belke hatte vor Kurzem mit seiner Forderung, angesichts der hohen Energiepreis nach neuen Energiequellen zu suchen und dafür auch über die Lieferung von russischem Erdgas nachzudenken, für Diskussionen gesorgt. Solange andere europäische Länder trotz des russischen Angriffskrieges russisches Gas bekämen, müsse man auch das in Erwägung ziehen. Schließlich sei bislang die Frage unbeantwortet geblieben, wie lange die Wirtschaft die hohen Energiepreise durchhalten könne. Bislang soll beispielsweise die Slowakei nach wie vor über Umwege weiter russischem Erdgas erhalten. Die inzwischen abgeriegelte Transitleitung durch die Ukraine hatte auch Erdgas nach Ungarn und

Österreich geliefert.

Ökologischer Umbau zugleich eine ökonomische Chance

Das Gedankenspiel Belkes sorgt indes auch bei Kammermitgliedern für Gegenwehr: Er finde es beschämend, wenn man keine Skrupel habe, mit billigem Gas den verbrecherischen Krieg Russland gegen die Ukraine zu finanzieren, kritisierte Unternehmer Wolfgang Pfeffer aus Drefahl im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Statt auf überholte Energieträger zu setzen und ein Konzept zurück in die fossile Vergangenheit zu verfolgen, sollte der ökologische Umbau als eine ökonomische Chance verstanden werden.

Versorgungssicherheit gewährleistet

Auch für das Wirtschaftsministerium kommen russische Lieferungen nicht mehr infrage: Deutschland habe infolge des russischen Angriffskrieges beschlossen, Importe fossiler Brennstoffe aus Russland zu beenden, heißt es aus dem Ressort. Die Entscheidung stehe. In den vergangenen drei Jahren seien alternative Lieferquellen erschlossen worden, die die Versorgungssicherheit in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern auch ohne russisches Erdgas gewährleisten würden.

Hohe Energiepreise gefährden Wirtschaftsentwicklung

Das allein reicht der Wirtschaft nicht: Knapp 60 Prozent der Unternehmen im Land sehen in den hohen Energie- und Rohstoffpreisen das größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung,

ergab die landesweite Herbst-Konjunkturumfrage der drei IHK in MV. Die Wirtschaft brauche bezahlbare und planbare Energiepreise, forderte Arbeitgeberpräsident Schwarz. Ohne tragbare Konzepte gehe es nicht. „Nur aus der Atomkraft auszusteigen, ohne andere Energiepläne vorzulegen, reicht nicht.“

Faire Verteilung der Netzausbaukosten

Die Senkung der Energiekosten sei für eine neue Bundesregierung eine der drängendsten Aufgaben, heißt es im Schweriner Wirtschaftsministerium. So brauche es für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien eine faire Verteilung der Netzausbaukosten in Deutschland. Inzwischen würden die entsprechenden Kosten, die in Netzen mit besonders viel Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien entstünden, seit Jahresbeginn bundesweit gerechter verteilt. Stromverbraucher in MV würden damit um etwa 170 Millionen Euro im Jahr entlastet.

Russisches Flüssiggas erreicht die EU

Indes hat Russland trotz des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Ukraine in der EU offenbar immer noch Abnehmer für sein Gas. Einer Studie der Deutschen Umwelthilfe (DHU) und anderer Umweltorganisationen zufolge wurden 2024 insgesamt 15,93 Millionen Tonnen russisches Flüssiggas (LNG) in die EU eingeführt – ein neuer Rekordwert, knapp 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Eine zentrale Rolle dabei spielt das deutsche, bundeseigene Unternehmen SEFE, das als Käufer von 58 Lieferungen mit einem Gesamtvolumen

von 4,1 Millionen Tonnen auftrat,
berichtete die DHU.

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG